

Gemeinsame Pressemitteilung – **Sperrfrist: 29. Juni 2022, 12 Uhr**

BWP, ZVEH und ZVEI: Branche bereit für großflächigen Rollout von Wärmepumpen

- Herstellerverbände und Elektrohandwerke unterstützen Transformation der Wärmeversorgung
- Wärmepumpen-Ausbau reduziert Abhängigkeit von Erdgasimporten
- Bundesregierung muss jetzt konkrete Vorschläge für Gebäudeenergiegesetz und Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetz vorlegen
- Politik muss Aufbau hochqualifizierter Fachkräfte unterstützen, um Energiewendeziele zu erreichen
- Installationsprozesse müssen unbürokratischer und effizienter werden

Berlin / Frankfurt am Main, 29. Juni 2022 – Das Ziel der Bundesregierung, die Wärmepumpe ab dem Jahr 2024 zur neuen Standardheizung zu machen und damit die Gasheizung in ihrer aktuellen Rolle abzulösen ist, ambitioniert, aber machbar, sagten der Bundesverband Wärmepumpe (BWP), der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) am Rande des Wärmepumpen-Gipfels von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesbauministerin Klara Geywitz. Angesichts der in der vorigen Woche ausgerufenen Alarmstufe in der Gasversorgung gilt es jetzt schnellstmöglich die Voraussetzungen für einen großflächigen Wärmepumpen-Hochlauf zu schaffen. Als Grundlage dafür müsse die Bundesregierung jetzt klare gesetzliche Rahmenbedingungen vorbereiten. Hier sehen die Verbände einige zentrale Ansätze.

„Wir arbeiten intensiv daran, die Kapazitäten auszubauen“, sagte Dr. Martin Sabel, Geschäftsführer des BWP. „Unsere Hersteller tun alles in ihrer Macht stehende, um einen schnellstmöglichen Hochlauf des deutschen Wärmepumpenmarktes auf 500.000 Wärmepumpen pro Jahr zu ermöglichen.“ Es geht um den massiven Umbruch im Wärmemarkt, jetzt in größtmöglichem Maße von Gaskesseln zu Wärmepumpen umzuschwenken. Damit unter anderem die nötigen Investitionen in Produktionskapazitäten getätigt und Schulungsangebote durch das Fachhandwerk wahrgenommen werden, ist größtmögliche Planungssicherheit notwendig. „Die Bundesregierung muss daher jetzt das angekündigte Nutzungsgebot von 65 Prozent erneuerbarer Energien noch in diesem Jahr gesetzlich verankern. Erst diese gesetzliche Fixierung bringt den Marktakteuren die notwendige Sicherheit sich im erforderlichen Maßstab auf Wärmepumpen auszurichten“, so Sabel.

Dr. Gunther Kegel, ZVEI-Präsident, ergänzte: „Die Elektrifizierung des Wärmemarkts ist Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende, eine stärkere Unabhängigkeit von fossilen Energien wie Erdgas, und um die Klimaziele zu erreichen, vor allem bis 2030. Allein durch eine umfassende Elektrifizierung und Digitalisierung ließe sich der Energieverbrauch im Gebäudesektor um bis zu 65 Prozent verringern.“ Die Technologien dafür lägen vor, nötig sei vor allem der rechtliche Rahmen, so Kegel weiter: „Die Flexibilitätspotenziale von Wärmepumpen, Speichern oder Ladesäulen sowie weiteren Erzeugern und Verbrauchern im Gebäude muss durch das Stromnetz nutzbar gemacht werden. Ein Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetz muss endlich kommen. Erst mit einem solchen Gesetz erhalten die Netzbetreiber die Rechts- und Planungssicherheit für die Flexibilitätsnutzung.“

ZVEH-Präsident Lothar Hellmann weist darauf hin, dass durch zögerliche und unstete politische Vorgaben bereits Jahre verloren wurden: „Das können wir uns angesichts der Aufgaben nicht erlauben. Neben Wohnungsbau, Elektromobilität und dem Aufbau erneuerbarer Energien muss auch die Wärmewende gelingen, indem das Handwerk die Anlagen baut und umbaut. Die technischen Lösungen zum Umbau des Energiesystems sind vorhanden und es ist lange bekannt, dass elektrotechnische Anwendungen mit sauberer Energie und hocheffizient das Kernelement der Sektorkopplung sind.“ Hellmann forderte nach Jahren unklarer Signale nun Unterstützung, damit das Handwerk die Aufgaben bewältigen kann: „Wir benötigen hochqualifizierte Fachkräfte aus unserem bewährten dualen Ausbildungssystem und keine Schmalspurqualifikationen. Die berufliche Ausbildung muss den Stellenwert bekommen, der ihr gebührt. Die benötigten Weiterbildungen müssen an den hohen Ausbildungsstand anknüpfen und sollten durch die Politik finanziell gefördert werden.“

Regulatorische Hemmnisse bei der Installation von Wärmepumpen müssen beseitigt und bürokratische Hürden abgebaut werden.“ Für den ZVEH-Präsidenten gehören dazu auch bundeseinheitliche und digitale Verfahren zur Inbetriebnahme von Wärmepumpen.

Der heute unterzeichneten Absichtserklärung muss nun ein konkreter Umsetzungsprozess folgen. BWP, ZVEH und ZVEI fordern daher alle Beteiligten auf, zügig gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten und in die Umsetzung zu bringen. Wo nötig sollten Vorschläge für politische Maßnahmen an die beiden Ministerien und die Bundesregierung herangetragen werden. Denn insbesondere auch diese seien in der Pflicht, den Roll-out nach allen Kräften zu unterstützen. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, die verschiedenen Teile der Wertschöpfungskette besser ineinandergreifen zu lassen und Synergien zu schaffen – für den erfolgreichen Roll-out der Wärmepumpen und den Wandel in der Wärmeversorgung. Denn die Wärmepumpen-Offensive birgt Chancen: Es geht um neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze im deutschen Mittelstand, häufig im ländlichen Raum, es geht um die Zukunft des SHK- und Elektrohandwerks mit ihren 100.000, häufig familiengeführten Betrieben, es geht um eine sichere, sozialverträgliche und mit den Klimazielen vereinbare Wärmeversorgung. Nicht zuletzt geht es auch darum, sich schnellstmöglich von Importabhängigkeiten zu lösen und stattdessen stärker auf heimische Wertschöpfung zu setzen.

Nach dem Willen der Bundesregierung soll ab dem 1. Januar 2024 jede neu eingebaute Heizung auf Basis von mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden. Wärmepumpen gelten als zentrale Erfüllungsoption für diese Anforderung.

Pressekontakt

Bundesverband Wärmepumpe e. V. (BWP):

Katja Weinhold, Telefon: 030 208 799 716, E-Mail: weinhold@waermepumpe.de

Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH):

Maren Cornils, Telefon: 069 247747-28, E-Mail: M.Cornils@zveh.de

ZVEI e. V.:

Ingrid Pilgram, Telefon: 069 6302-259, E-Mail: ingrid.pilgram@zvei.org